

Kurz gemeldet

Standort Deutschland: Dänische Unternehmen haben Deutschland als Billiglohnland entdeckt. Schlachterei-Konzerne wie „Tulip“ und „Danish Crown“ arbeiten nach der Verlagerung ihrer Betriebe mit 50 bis 75 Prozent weniger Kosten. Die Produktion in Dänemark sei unter anderem deswegen teurer, weil es dort Tarifverträge gebe, „an die wir uns halten“, sagte eine Danish-Crown-Sprecherin. Der Chef der dänischen Branchengewerkschaft, Jens Peter Bostrup, spricht unterdessen von „Wildwestzuständen“ mit „Hungerlöhnen“ in Deutschland, die auch auf den deutlich niedrigeren Anteil von Gewerkschaftsmitgliedern bei den Beschäftigten zurückzuführen seien: „Wir Dänen sind zu fast 100 Prozent organisiert. In Deutschland gehören in diesen Betrieben ja oft weniger als 10 Prozent der Gewerkschaft an“, so Bostrup.

FAZ, 26.1.2005

Armut: Die wirtschaftliche Lage von Einwanderern in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert. Der Anteil der unter der Armutsgrenze lebenden Migranten stieg zwischen 1998 und 2003 von 19 auf 23 Prozent. In der zweiten Zuwanderergeneration (unter 35 Jahre alt) war 2002 sogar jeder Dritte arm. Bei der Vergleichsgruppe der Nicht-Zuwanderer lebt demgegenüber nur jeder Sechste in Armut. Am stärksten betroffen sind türkische Zuwanderer.

DIW Wochenbericht 5/2005

Mitbestimmung: Das Mitbestimmungsgesetz von 1976 hat Großunternehmen produktiver gemacht. Zu diesem Ergebnis kommt eine ökonometrische Studie, die Daten von 179 Aktiengesellschaften vor und nach der Einführung der paritätischen Mitbestimmung auswertet. Die Produktivitätssteigerung sei zwar vergleichsweise klein. Das Ergebnis widerlege aber die These, dass Mitbestimmung automatisch zu Lasten der Effizienz gehe.

IZA-Diskussionspapier, Dezember 2004

Arbeitslosigkeit kostet Milliarden

Gesamtkosten in Mrd. €



Die Kosten setzen sich zusammen aus Transfers an Arbeitslose sowie Einbußen an Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern.

Quelle: IAB 2004
© Hans-Böckler-Stiftung 2005

Abgabenlast: Entgegen dem europäischen Trend ist der Anteil von Steuern und Sozialabgaben am deutschen Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2003 unverändert geblieben. Mit einer Quote von 41,7 Prozent lag die Belastung leicht über dem Durchschnitt der EU von 41,5 Prozent, aber 0,5 Prozentpunkte unter dem Durchschnittswert der Eurozone. In 17 EU-Staaten stieg die Abgabenquote gegenüber 2002, während sie in sieben Mitgliedsländern sank.

Eurostat Januar 2005

Quellendetails: www.boecklerimpuls.de

Kinderbetreuung: Im Notfall aufgeschmissen

Betriebliche Sozialleistungen für Erziehende

	„gibt es bei uns“ ¹⁾	„auch für mich wichtig“ ²⁾
Sonderurlaub bei Krankheit des Kindes		
Möglichkeiten der Notfallbetreuung		
Geldleistungen wie Kinderzulage, Einmalzahlungen zur Geburt		
Vermittlung von Betreuungsplätzen oder Hilfe bei der Organisation		
Freizeitangebote für Kinder der Beschäftigten		
Hilfe bei der Vermittlung hauswirtschaftlicher Dienstleistungen		
Stillraum		
Kinderspielzimmer im Betrieb		

1) Prozent der Beschäftigten mit diesen betrieblichen Leistungen, 2) Beschäftigte, in deren Betrieben es diese Angebote nicht gibt

Quelle: WSI-Befragung von 1.915 Erziehenden 2003 | © Hans-Böckler-Stiftung 2005

„Nicht familienfreundlich“ – ein Drittel der Beschäftigten mit Kindern oder regelmäßigen Pflegeaufgaben beurteilt die Arbeitsbedingungen in den Betrieben so negativ*. Arbeitende Eltern träumen von weniger Arbeit, mehr Zeitsouveränität und besseren betrieblichen Sozialleistungen. Notfallbetreuung hat oberste Priorität. Neun von zehn Beschäftigten mit Kindern wünschen sich Unterstützung, nur jeder Fünfte hat einen betriebseigenen Notfall-Service. Mau sieht es auch beim Geld aus: Nur 30 Prozent der Beschäftigten erhalten Zuschüsse. Betriebliche Angebote schaffen offenbar Nachfrage: In Betrieben mit hauswirtschaftlichen Diensten schätzen über 90 Prozent diesen Service als wichtig ein, in Betrieben ohne Haushaltsservice waren es nur 49 Prozent.

* Studie Hans-Böckler-Stiftung, DGB und Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2003